

3.3.2.2 Landtag

Nachdem der *Landtag* auf eine ‚Vorlage‘ der Nachführungen der Anlagen I und II ZV zur ‚Kenntnisnahme‘, wie sie in Art. 5 EGZV vorgesehen ist, wiederholt und inzwischen ‚strukturell‘ *verzichtet* hat, erweist sich seine Beteiligung heute als *noch sehr viel geringer* als dies in der Vergangenheit ohnehin schon der Fall gewesen ist. Die *Verschiebung der Machtverhältnisse* zwischen Landtag und Regierung ist *gegengleich* erfolgt.

So ist die Dominanz der Regierung nicht mehr nur eine *relative* (d.h. eine an die ‚Kenntnisnahme‘ des Landtages gemäss Art. 3 Abs. 1 EGZV gebundene), sondern eine *absolute*: Ohne dass dies ‚kompetenziell‘ auf irgendeine Art und Weise ausgeglichen worden wäre⁶⁴⁷, besitzt die Regierung unter den Wirtschaftsverträgen heute wesentlich mehr ‚Quasi-Rechtsetzungsbefugnisse‘ als früher – Prärogativen, die der Landtag in jüngster Zeit sowohl *de jure* als auch *de facto* bestätigt hat⁶⁴⁸. Unter der Handhabung der Anwendbarkeitsverfahren, wie sie sich in jüngster Zeit eingestellt hat, ist die Regierung in der Lage, *ohne Beteiligung* von Landesfürst und Landtag (sowie *last but not least* auch ohne eine Beteiligung des Volkes) eine quantitativ und qualitativ beeindruckende *Gesetzesflut*⁶⁴⁹ in Form von ‚Beamtenrecht‘ zu erzeugen, die das Landesrecht nicht nur quantitativ übertrifft⁶⁵⁰, sondern die dem Landesrecht als *supranationales Recht* auch qualitativ vorzuziehen ist: Das Wirtschaftsvertragsrecht kann auf seine materielle (nicht formelle) Verfassungsmässigkeit nach wie vor *nicht* überprüft werden⁶⁵¹.

Auch wenn das Wirtschaftsvertragsrecht durch die Anwendbarkeitsklauseln in seinem Inhalt und Umfang in weiten Teilen (vor-)bestimmt sein mag, darf der Anschein eines vor allem technischen bzw. administrativen Charakters der Bereinigungstätigkeit also *nicht* darüber hinwegtäuschen, dass die Regierung unter dem heutigen Regime der Einführung des Wirtschaftsvertragsrechts sowohl zwi-

647 Siehe zu der (analogen) Problematik einer steten bzw. tendenziellen Zurückbindung des Landtages unter dem EWRA sowie zu möglichen Mitteln und Wegen einer Remedur Bruha/Büchel (Grundfragen) S. 16f.

648 Siehe hierzu oben Pkt. 3.3.2.1 zu Punkt I. des Notenaustausches zwischen der Schweiz und Liechtenstein vom 27. Januar 2003 betreffend der Zusammenarbeit der schweizerischen und der liechtensteinischen Behörden im Bereich der Zivilluftfahrt, LGBl. 2003 Nr. 40; LR 0.748.091.011.

649 in Anspielung an die Überlegungen bei Mayer-Maly S. 2, die mit Blick die ‚Rechtsnormenflut‘ auch und gerade unter den Wirtschaftsverträgen von einer fast schon apokalyptischen Bedeutung sind.

650 Siehe hierzu oben Pkt. 1.

651 Siehe hierzu das 25. Kapitel Pkt. 3.2.2.